

Nr. 18/406

Stadtführer „Barrierefreies Bremen“ aktualisieren und ausweiten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/504)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/407

Nachtragshaushalt Bildung jetzt!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/515)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/408

Nachtragshaushalt Bildung

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. September 2012
(Drucksache 18/565)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/409

Gesetz zur Aufhebung der Tourismusabgabe

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Juli 2012
(Drucksache 18/530)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/410

Seelischen Erkrankungen besser vorbeugen durch umfassende Gesundheitsförderung und Prävention

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. Mai 2012
(Drucksache 18/404)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. Juni 2012

(Drucksache 18/441)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/411

Quelltext für Überwachungssoftware

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Mai 2012
(Drucksache 18/408)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zur Einsetzung bundeseinheitlicher Software

1. anzustreben, dass bei zukünftigen Beschaffungen von Software, die für Ermittlungszwecke bzw. bei Überwachungen eingesetzt wird, den Behörden der Quelltext zur Verfügung gestellt wird,
2. zu prüfen, ob bei bereits eingesetzter Überwachungssoftware nachträglich der Quelltext angefordert werden kann und
3. sicherzustellen, dass Software, die für Ermittlungszwecke bzw. Überwachungen eingesetzt wird, keine weiteren Funktionen beinhalten.

Nr. 18/412

Auswirkungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Mai 2012
(Drucksache 18/416)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Juni 2012

(Drucksache 18/456)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/413

Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Mai 2012
(Drucksache 18/419)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept für die Einführung einer Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger unter Beteiligung der Verkehrsgesellschaften im Lande Bremen und des VBN vorzulegen.
2. Der Senat wird gebeten, der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bis zum dritten Quartal 2012 Bericht zu erstatten.

Nr. 18/414

Menschen mit Behinderung vor Gewalt und sexuellem Missbrauch schützen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Mai 2012
(Drucksache 18/421)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend (federführend) und den Rechtsausschuss.

Nr. 18/415

Allgemeinverbindlichkeitserklärung gegen Lohndumping erleichtern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Mai 2012
(Drucksache 18/427)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, im Bundesrat für eine Reform der Regelungen zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) im Tarifvertragsgesetz einzutreten. Dabei muss es konkret darum gehen,
 - a) das Quorum tarifgebundener Betriebe in § 5 des Tarifvertragsgesetzes zu streichen und durch das Kriterium der Repräsentativität in Anlehnung an § 7 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) zu ersetzen,
 - b) die bisherige Vetoposition der Arbeitgeberverbände im Tarifausschuss abzuschaffen,
 - c) im Tarifausschuss die Dachverbände durch Vertreter der Tarifvertragsparteien der jeweiligen Branche zu ergänzen, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben,
 - d) komplette Entgelttabellen in die AVE einzubeziehen und
 - e) den Geltungsbereich der AVE auf alle Unternehmen der jeweiligen Branchen auszuweiten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass das Arbeitnehmer-Entsendegesetz
 - a) auf alle Branchen ausgedehnt wird, damit die Tarifparteien die Möglichkeit haben, für alle in Deutschland arbeitenden in- und ausländischen Beschäftigten Mindeststandards zu vereinbaren,
 - b) so zu modifizieren, dass auch regionale Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden können.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sein Engagement für einen bundeseinheitlichen Mindestlohn fortzuführen und sich konkret dafür einzusetzen, dass das Mindestarbeitsbedingungsgesetz ersetzt wird durch einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn sowie eine gesetzliche Regelung, die das jeweils unterste Tarifentgelt in einer Branche als Mindestentgelt sichert.

Nr. 18/416

Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tariflöhnen erleichtern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Juli 2012
(Drucksache 18/525)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/417

Vergabe und Abwicklung von Bauleistungen vereinheitlichen und straffen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 30. Mai 2012
(Drucksache 18/433)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Vergaberegeln und Vergabepaxis für öffentliche Aufträge im Land Bremen so zu vereinheitlichen und zu straffen, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU), insbesondere Handwerksbetriebe, sich mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand und realistischen Erfolgchancen um die Vergabe öffentlicher Bauaufträge bewerben und diese erfolgreich abwickeln können. Dabei sollen unter anderem

- a) Vergaberegeln und Vergabepaxis der verschiedenen Verwaltungsbereiche unter Berücksichtigung der Situation von KMU und Handwerk vereinheitlicht und gestrafft und
 - b) die Einführung wirksamer Feedback-Verfahren im Beschaffungsprozess geprüft werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für bundeseinheitliche und zwischen den Bundesländern abgestimmte Wertgrenzen und Verfahren bei der Vergabe von Bauleistungen einzusetzen.
 3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, alle unmittelbaren und mittelbaren Einflussmöglichkeiten zu nutzen um zu erreichen, dass die Vergabevorschriften in der EU so gestaltet werden, dass sich KMU und Handwerksbetriebe aussichtsreich und rechtssicher um öffentliche Aufträge bewerben können.

Nr. 18/418

Aktiv über Beteiligungsmöglichkeiten informieren!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 10. Juli 2012
(Neufassung der Drucksache 18/454 vom 11. Juni 2012)
(Drucksache 18/520)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung eine Internetseite entwickeln zu lassen, die übersichtlich und verständlich die Grundzüge des politischen Systems im Land Bremen und die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger darstellt, und diese Internetseite in geeigneter Form der Bevölkerung Bremens und Bremerhavens bekannt zu machen. Sie soll für möglichst viele Menschen mit Behinderung barrierefrei sein.

Nr. 18/419

Anwohnerinnengesundheit/Anwohnergesundheit schützen, Wohnqualität steigern – konsequentes Nachtflugverbot für Bremen einführen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Juni 2012
(Drucksache 18/461)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Nr. 18/420

Genehmigungsverfahren im Baurecht

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 19. Juni 2012
(Drucksache 18/462)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 21. August 2012

(Drucksache 18/547)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/421

Transport von Abfällen über Bremer Häfen effektiver kontrollieren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. Juni 2012
(Drucksache 18/463)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für eine Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten einzusetzen, insbesondere für den Zugriff der Kontrollbehörden und der Polizei auf die Zolldatenbanken,
2. zu prüfen, ob die Kompetenzen der Polizei des Landes Bremen um die Zuständigkeiten mit dem Ziel der effektiveren Kontrolle grenzüberschreitender Abfallverbringungen ergänzt werden können und der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und der städtischen Deputation für Inneres und Sport binnen drei Monaten zu berichten,
3. bis zum Jahresende ein Konzept vorzulegen, wie die kommunale Sammel- und Recyclingquote für Elektroschrott in Bremen und Bremerhaven erhöht werden kann, um die Kontrolle des Verbleibs des Schrotts besser gewährleisten zu können.

Nr. 18/422

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Extremistische Straftaten im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/446)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/510)
2. Vermieterinnen und Vermieter an Maklerprovision beteiligen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2012
(Drucksache 18/464)

D a z u

Änderungsantrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 27. Juni 2012
(Drucksache 18/479)

u n d

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 11. September 2012
(Drucksache 18/563)
3. Kommunale Wohnungsvermittlung statt Maklergebühren im Land Bremen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. Juli 2012
(Drucksache 18/531)
4. Zukunftssicherheit für die Krankenhäuser!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2012
(Drucksache 18/465)
5. Keine Zustimmung Bremens zum Bundesmeldegesetz!
Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 9. Juli 2012
(Drucksache 18/500)
6. Sicherheit, Wirksamkeit und gesundheitlichen Nutzen von Medizinprodukten besser gewährleisten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 27. Juni 2012
(Drucksache 18/478)

7. Geeignetes Verfahren zur Umsetzung der MiStra-Vorschriften einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Juni 2012
(Drucksache 18/480)
8. Der Paralleljustiz wirksam entgegenwirken
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Juni 2012
(Drucksache 18/481)
9. Soziale Aspekte der Wohnungsbaupolitik in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Juni 2012
(Drucksache 18/482)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. August 2012
(Drucksache 18/552)
10. Kinderwunschbehandlungen in Bremen fördern!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. Juni 2012
(Drucksache 18/483)
11. Moratorium für unkonventionelle Erdgasförderung mit hydraulischen Risserzeugungen (Fracking) – Verbot der Technologie in Trinkwasserschutzgebieten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 3. Juli 2012
(Drucksache 18/486)
12. Pressevielfalt erhalten
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Juli 2012
(Drucksache 18/488)
13. Beirat Platt einrichten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Dezember 2011
(Drucksache 18/182)
14. Beirat Platt einrichten
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Kultur
vom 4. Juli 2012
(Drucksache 18/497)
15. Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/505)
16. EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode
Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/509)
17. Teilhabe von Hörgeschädigten durch Induktionsanlagen stärken
Antrag der Fraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. September 2012
(Neufassung der Drucksache 18/519 vom 10. Juli 2012)
(Drucksache 18/577)

18. Barrierefreie Geldautomaten im Land Bremen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Juli 2012
(Drucksache 18/526)
19. Berufliche Orientierung, beruflicher Einstieg, beruflicher Aufstieg – Situation
und Perspektiven der Berufsausbildung im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Juli 2012
(Drucksache 18/527)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. September 2012
(Drucksache 18/556)
20. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch für psychisch Kranke
Mitteilung des Senats vom 17. Juli 2012
(Drucksache 18/528)
21. Für ein Recht auf ein Girokonto für alle
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. Januar 2012
(Drucksache 18/205)
22. Für ein Recht auf ein Girokonto für alle
Bericht der staatlichen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie für
Soziales, Kinder und Jugend
vom 31. Juli 2012
(Drucksache 18/532)
23. Bedingungen für Standortgemeinschaften (BID) verbessern
Mitteilung des Senats vom 7. August 2012
(Drucksache 18/533)
24. Widerstand gegen MOX-Brennelemente-Transporte
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 11. September 2012
(Drucksache 18/564)

